EZ/OZ: n/v

Schriftliche Anfrage an ein Mitglied der Landesregierung (§ 66 GeoLT)

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)
Fraktion(en): Grüne
Regierungsmitglied(er): Landesrat DI Willibald Ehrenhöfer
Frist: -

Betreff:
Auswirkungen von KI-Rechenzentren durch geringe Beschäftigung auf das Steuersystem und die regionale Wertschöpfung
Künstliche Intelligenz und der damit verbundene weltweite Ausbau von Rechenzentren schreiten rasant voran. Solche Infrastrukturanlagen zeichnen sich durch eine extrem hohe Leistungsdichte, einen enormen Strom- und Kühlwasserbedarf sowie einen großen Flächenverbrauch aus. Im Gegensatz zu produzierenden Betrieben oder klassischen Dienstleistungsunternehmen schaffen moderne, hochgradig automatisierte KI-Rechenzentren jedoch nur sehr wenige dauerhafte Arbeitsplätze vor Ort. Dies wirft die drängende Frage auf, inwieweit kapital- und ressourcenintensive, aber personalarme Großeinrichtungen einen adäquaten Beitrag zum regionalen Steueraufkommen und zur Finanzierung der öffentlichen Hand leisten können. Über den Finanzausgleich und die Kommunalsteuer sind Gemeinden und das Land stark von der Lohnsumme bzw. der wirtschaftlichen Wertschöpfung vor Ort abhängig. Bleibt die Beschäftigung marginal, droht eine einseitige Belastung der lokalen Infrastruktur (Fläche, Energie, Wasser, Netzausbau) ohne adäquate fiskalische Kompensation für das Land Steiermark und die steirischen Kommunen.

Durch den Aufstieg von hochgradig automatisierten KI-Rechenzentren gewinnt auch die Frage, ob das Steuersystem von Beschäftigung auf Wertschöpfung umgestellt werden soll, massiv an Dynamik. Argumente für eine Wertschöpfungsabgabe sind:

- Entlastung des Faktors Arbeit: Eine Senkung dieser Lohnnebenkosten würde reguläre Arbeit billiger machen und die Nettoeinkommen der Beschäftigten erhöhen.
- Fiskalische Gerechtigkeit bei Automatisierung: Wenn ein KI-Rechenzentrum oder eine vollautomatisierte Fabrik Millionen an Gewinn erwirtschaftet, aber kaum Personal beschäftigt, zahlt das Unternehmen kaum Kommunalsteuer oder lohnabhängige Abgaben. Eine Wertschöpfungsabgabe sorgt dafür, dass auch kapitalintensive Unternehmen einen fairen Beitrag leisten.
- Sicherung der Sozialsysteme: Angesichts des demografischen Wandels und fortschreitender Automatisierung durch KI droht der Basis für lohnabhängige Steuern die Schrumpfung. Eine Verbreiterung der Steuerbasis sichert die Finanzierung von Gesundheit, Pensionen und Infrastruktur.

Es wird daher folgende

Schriftliche Anfrage

gestellt:

1. Wie bewertet die Steiermärkische Landesregierung die ökonomischen Effekte von hochgradig automatisierten KI-Rechenzentren im Hinblick auf die regionale Wertschöpfung in der Steiermark?
2. Welche konkreten steuerlichen Einnahmeeffekte (insbesondere über den Anteil an gemeinschaftlichen Bundesabgaben oder Landes- und Gemeindeabgaben) generieren solche kapitalintensiven und personalarmen Anlagen im Vergleich zu klassischen Industrie- oder Gewerbeansiedlungen?
3. Teilt die Landesregierung die Sorge, dass ein hoher Ressourcen- und Flächenverbrauch durch Rechenzentren bei gleichzeitig geringer Schaffung von Arbeitsplätzen zu einem Ungleichgewicht bei den Einnahmen der öffentlichen Hand und den Folgekosten (z. B. für Infrastruktur, Netze, Umwelt- und Hitzeschutz) führt?
4. Welche Maßnahmen plant oder fordert die Landesregierung, um sicherzustellen, dass Betreiber von Mega-Rechenzentren einen fairen und nachhaltigen Beitrag zu den regionalen Infrastruktur- und Gemeinwohllasten leisten?
5. Gibt es seitens des Landes Überlegungen oder Kriterienkataloge für ein steirisches Standortkonzept, das die Ansiedlung digitaler Großinfrastruktur an Bedingungen wie regionale Wertschöpfung, Abwärmenutzung (z. B. in Fernwärmenetze) oder Beschäftigungseffekte knüpft?
6. Braucht es aufgrund der rasanten Entwicklungen Ihrer Ansicht nach eine Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Wertschöpfung und Beschäftigung?
7. Welche Position vertritt die Steiermärkische Landesregierung angesichts des Booms personalarmer KI-Rechenzentren zur Reform des Steuersystems weg von der reinen Besteuerung des Faktors Arbeit hin zu einer verstärkten Besteuerung der betrieblichen Wertschöpfung (Wertschöpfungsabgabe)?
8. Sieht die Landesregierung in einer solchen Systemumstellung eine Chance, um einerseits die steirischen Gemeinden durch eine reformierte, wertschöpfungsbasierte Kommunalsteuer (unabhängig von der reinen Lohnsumme) finanziell abzusichern und andererseits die Lohnnebenkosten für steirische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spürbar zu senken?
9. Wird sich die Steiermärkische Landesregierung z.B. im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Bund gesetzliche Rahmenbedingungen schafft, damit kapitalintensive, aber personalarme Digital- und KI-Großprojekte einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems leisten?

Unterschrift(en):
LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)